

Zwischen 2021 und 2022 führten die Autoren mit Unterstützung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats ein Forschungsprojekt zu Hatespeech und Fake News durch. Im Zuge dieses Projekts wurden 187 Delegierte des Kongresses u. a. gefragt, ob sie bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung von Hatespeech und Fake News als technisch wie rechtlich machbar ansehen würden. Die Antworten ließen Zweifel an der digitalen Kompetenz aufkommen und legten Defizite im Verständnis der grundlegenden Funktionsweise des Internets offen. Die Delegierten des Kongresses sind üblicherweise lokale und regionale Politiker, für Deutschland sieben Landtagsabgeordnete in der Chamber of Regions sowie fünf Bürgermeister und drei Kreistagsabgeordnete in der Chamber of Local Authorities.

So wurde mit Partnerinstitutionen in Deutschland, Italien, Moldau, Österreich, Rumänien, der Slowakei und Ungarn der Fragebogen 2023 nochmals in die Breite der lokalen und regionalen Politik und Verwaltungen verteilt und die Rückläufer ausgewertet. Von insgesamt 1.966 ausgefüllten Fragebögen stammten 820 aus Deutschland und Österreich und boten folgenden Befund: Die Antworten kamen zu ca. zwei Dritteln von Politikern und zu einem Drittel von Verwaltungspersonen, darunter insgesamt 93 Bürgermeister. Der Befund ist unerfreulich, nur um auf die wesentlichsten Defizite zu fokussieren:

IP-Adressen werden von Providern üblicherweise dynamisch zugewiesen und ändern sich ständig. Blockaden sind ebenso wenig zielführend, wie das Verbot der Vorratsdatenspeicherung faktisch die

Identifikation von Postern zumindest erheblich erschwert.

Mit Proxyservern oder VPNs kann man leicht Sperren umgehen, nicht zu reden von Instrumenten wie dem Tor-Browser.

Zu glauben, dass z. B. die russische oder iranische Polizei auf eine Anfrage nach der Identität eines „Posters von beleidigenden Inhalten in einem anderen Staat“ hilfreich reagiert, wie es über zwei Drittel der Befragten tun, ist erschütternd.

Wer „E-Mail-Adressen blockieren“ möchte, hat grundlegend nicht verstanden, wie E-Mail funktioniert. E-Mails mit Absendern wie olaf.scholz@bundeskanzler.de zu versenden, ist ebenso einfach wie mit dreiminütigem Googeln erlernbar.

Eine Verpflichtung, Klarnamen in Sozialen Medien zu verwenden, ist sehr schwierig bis unmöglich außerhalb Deutschlands bzw. der Europäischen Union durchzusetzen. 1995 entschied der Oberste Gerichtshof der USA in McIntyre vs. Ohio Elections Commission, „Under our Constitution, anonymous pamphleteering is not a pernicious, fraudulent practice, but an honorable tradition of advocacy and of dissent. Anonymity is a shield from the tyranny of the majority.“ Hier Klarnamen durchzusetzen, lassen wir undemokratische Staaten außer vor, ist faktisch unmöglich.

## Ein empirischer Befund

### Digitale (In)Kompetenz von Politik und Verwaltung

**(BS/Prof. Dr. Robert Müller-Török/Prof. Dr. Alexander Prosser\*) Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Politiker die Digitalisierung der Verwaltung lobt oder eine Stadt sich selbst zur „Smart City“ erklärt. Trotz der gescheiterten Umsetzung des OZGs und augenscheinlich geringer Fortschritte bei der Registermodernisierung scheinen Politik und Verwaltung an ihrer eigenen digitalen Kompetenz offenbar keine Zweifel zu haben.**

Zwar war der empirische Befund nach Alter hoch signifikant, d. h. die Ergebnisse der Unter-30-Jährigen waren besser, aber z. B. „nur“

65,8 Prozent anstatt insgesamt 76,7 Prozent beim „E-Mail-Adressen blockieren“ sind ebenfalls nicht ermutigend. Nach Geschlecht gab

Welche Maßnahmen würden Sie als technisch und rechtlich machbar und geeignet erachten, um gegen Fake News und Hassrede vorzugehen? (eigene Erhebung)

Antworten in Prozent	Ja	Nein
Webseiten in unserem eigenen Staat blockieren	56,2	43,8
Webseiten in einem anderen Staat blockieren	40,4	59,6
IP-Adressen in unserem Staat identifizieren und blockieren	75,8	24,2
IP-Adressen in einem anderen Staat identifizieren und blockieren	56,6	43,4
Poster von beleidigenden Inhalten in unserem Staat identifizieren	91,3	8,7
Poster von beleidigenden Inhalten in einem anderen Staat identifizieren	67,7	32,3
E-Mail-Adressen blockieren	76,6	23,3
Upload-Filter für Soziale Medien	73,1	26,9
Verpflichtung, Klarnamen in Sozialen Medien zu verwenden	84,3	15,7

Graphic: BS/Spuling

es keine Unterschiede, die statistisch signifikant gewesen wären, sieht man von einer stärkeren Zustimmung von Frauen bei Upload-Filtern ab.

Die Befunde für Rumänien, wo insgesamt 675 Fragebögen retourniert wurden, weichen grosso modo nicht wesentlich von den Ergebnissen für Deutschland und Österreich ab. Beim „E-Mail-Adressen blockieren“ waren es beispielsweise 67,4 Prozent.

Es muss abschließend festgehalten werden, dass die digitale Kompetenz von lokaler und regionaler Politik und Verwaltung nicht auf dem Niveau ist, wie man sie 2024 erwarten würde und wohl auch dürfte. Es zeigt sich massiver, ganz massiver Schulungsbedarf – vor allem Weiterbildungsbedarf – denn die Befragten sind allesamt nicht mehr in Ausbildung und waren überwiegend über 50 Jahre alt. Da das Internet immerhin auch schon 31 Jahre alt ist, kann das nicht mehr als Entschuldigung akzeptiert werden, sondern es hier gibt ganz offensichtliche digitale Inkompetenz: sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung.

\*Prof. Dr. Robert Müller-Török, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg; Prof. Dr. Alexander Prosser, WU Wien, Institut für Produktionsmanagement

## Die smarteste City

München bleibt auf dem ersten Platz

**(BS/Anna Ströbele) Deutschlands Städte werden zunehmend digitaler, wie der diesjährige Smart City Index des Bitkom zeigt. München landet erneut auf Platz eins, gefolgt von Hamburg und Köln. Die Domstadt punktet dafür mit der digitalsten Verwaltung.**

Freiburg im Breisgau, Bochum und Lübeck steigen aus den besten Zwanzig im Vorjahr in die Top Ten auf und verdrängen Aachen, Osnabrück und Karlsruhe. Das bedeutet nicht, dass diese Städte nun weniger smart seien, die anderen Städte hätten lediglich größere Fortschritte erzielt, erklärt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst. Als Absteiger identifiziert der Bitkom unter anderem Erlangen, Offenbach und Rostock. Insgesamt macht der Smart City Index aber vor allem die Fortschritte bei der Digitalisierung sichtbar. „Lag der Durchschnitt des Indexwertes über alle Städte im Jahr 2021 noch bei 52 Punkten, so sind es in diesem Jahr 68 Punkte“, teilt Wintergerst mit. Bei einzelnen Städten seien teilweise große Sprünge nach vorn zu beobachten. Das zeige, dass jede Stadt eine echte Smart City werden könne, wenn sie sich auf ein Thema fokussiere.

### Berlin nicht in den Top 20

Unter den Bestplatzierten finden sich nicht nur die großen Metropolen, diese erreichen aber in den fünf Kategorien des Index mehrere Spitzenplätze. Köln ist auf Platz eins in der Kategorie „Verwaltung“. So habe die Stadt bereits 83 Prozent der abgefragten OZG-Leistungen umgesetzt und arbeite auch intern bereits sehr digital, etwa mit einem behördenübergreifenden Einsatz von eAkte und DMS, hebt der Präsident des Bitkom hervor. Derzeit werde in Köln zudem ein Digitalcheck für Satzungen eta-

biert. München führt hingegen in der Kategorie „IT und Kommunikation“, während Ingolstadt im Bereich „Energie und Umwelt“ vorn liegt. In der Kategorie „Gesellschaft“ punktet Düsseldorf. Berlin schafft es zwar nicht unter die Top 20 der smartesten Städte, belegt dafür in der Kategorie Mobilität den ersten Platz.

Wintergerst weist darauf hin, dass bestimmte Strukturmerkmale den Städten den Weg zur Smart City erleichterten. Besonders große Städte ab 300.000 Einwohnern, die vom Bund geförderten Modellprojekte Smart Cities, Landeshauptstädte und Universitätsstädte schneiden im Ranking überdurchschnittlich gut ab. Auch Städte, die nicht über diese Vorteile verfügen, könnten durch eine klare Strategie und gezielte Schwerpunktsetzung digitaler werden, so Wintergerst.

Doch auch die Rahmenbedingungen müssten stimmen: Der Bitkom fordert die Umsetzung und Finanzierung des Smart-City-Stufenplans. Außerdem spricht sich der Verband für eine dauerhafte Finanzierung von Smart City als Teil kommunaler Infrastruktur aus. Wintergerst schlägt weiterhin Rahmenverträge für Smart-City-Lösungen vor, „damit nicht jede Kommune für sich alleine verhandeln muss“.

Der Smart City Index bewertet die 82 deutschen Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern anhand von 162 Parametern. Die Erhebung existiert seit 2019.



heise academy

## Für erfolgreiche IT-Teams von morgen

### Weiterbildung als Erfolgsstrategie

Professionelle IT-Weiterbildung für Unternehmen – das bietet die heise academy. Als Tochter der heise group haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, Unternehmen und ihre IT-Professionals mit digitaler Weiterbildung voranzubringen, Qualifikationslücken zu schließen und internes Lernen zu fördern.

### Ihre Zukunft, unser Plan

- Sofort einsetzbare Lernumgebung
- Verschiedene Lernformate – digital und vor Ort
- Große Auswahl an aktuellen IT-Themen
- Individuelle Lizenzen für Ihr Team
- Onboarding & persönliche Betreuung durch unser Sales Team



Interesse geweckt? Hier mehr erfahren:  
heise-academy.de/academy-pass